

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

34. Jahrgang.

N^o 127.

Erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den
andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf.,
zweimonatlich 1 M. 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 4. Juni.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenom-
men und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile
oder deren Raum 15 Pfennige.

1882.

Die Woche.

Diese Woche gehörte den Egyptern und die ägyptische Frage nahm so ausschließlicher das politische Interesse in Anspruch, als einerseits die Dinge in Kairo sich zu einer, man möchte sagen interessanten Verworrenheit gestalteten und andererseits im Uebrigen in der politischen Welt ziemlich Stille herrschte.

Bei uns in Deutschland kehrten langsam die Theilnehmer von der Gotthardbahnfeier zurück, die Pfingstferien des Reichstages neigen dem Ende zu; der Reichstag selbst wird zwar erst nächsten Dienstag wieder eröffnet werden, es haben jedoch bereits am Schluß der Woche einige Kommissionsitzungen stattgefunden. In der Kommission für die Krankenversicherung der Arbeiter erklärte sich der Abgeordnete Ebert für zwangsweise Durchführung der Krankenkassen im Sinne des Entwurfs und warnte vor zu hoher Bemessung der Geldunterstützungen; bezüglich des Sterbegeldes wünschte er einen fixirten Betrag für alle Arbeiter. Abgeordneter Dr. Wag Hirsch bestritt die Gefahr der Simulation, welche durch höhere Unterstützungen gefördert werden könnte. Die Kommission habe hauptsächlich zu erwägen, wie die freien Kassen unter dem Gesetz stehen würden, und da müsse England als Vorbild dienen. Die Gewerkschaften hätten außerordentliches geleistet; nur auf diesem Boden sei Ersprießliches zu schaffen, die vorgeschlagenen Bestimmungen über Karenzzeit, Lokalisierung des Krankendienstes u. seien ungenügend. Der Bundeskommissar Geh. Rath Lohmann betonte, daß das Gesetz über die Krankenversicherung unabhängig von der Unfallversicherung zur Ausführung gelangen könne. Die freien Hilfskassen und das Beispiel Englands dürften uns nicht als Muster dienen, namentlich wenn man an die vielen betrügerischen Beamten der englischen Hilfskassen dachte. Herr Wag Hirsch sei bedauerlicher Weise für seine Ausführungen die Beweise schuldig geblieben, den Hilfskassen habe u. A. auch der Mangel an, die Freizügigkeit zu erschweren. Abg. Grad führte aus, daß die freien Hilfskassen nur in größeren Städten lebensfähig seien; im Gesetze seien die Arbeiter mit den Fabrik-Krankenkassen zufrieden. Hiernach plaidirte Abg. Dr. Lasker für die Gemeindeversicherung als Fortbildung des freien Hilfskassenwesens, namentlich auch um die Armenunterstützungspflicht zu vermindern. Den Arbeiter vor Verarmung zu schützen, sei die Unterstützung ungenügend, die freie Kassenentwicklung müsse gefördert werden. Es sei sehr zu untersuchen zwischen Unfallhaft und Unfallversicherung. Abg. Schröder (Bippstadt): Die Herren Lasker, Hirsch und Löwe bekümmern sich nicht darum, ob das Gesetz gut ist oder schlecht, sondern nur, ob die freien Hilfskassen gut fahren, und diese dienen den Herren von der Fortschrittspartei allerdings als bequeme politische Handhabe. Für das materielle Wohlergehen des Arbeiters dienen die freien Hilfskassen aber nach ihrer ganzen Geschichte nicht. Abg. Ludwig Löwe warf die Schuld an der mangelhaften Entwicklung der freien Hilfskassen auf die schlimme wirtschaftliche Lage der letzteren. Nachdem darauf Geheimrath Lohmann die Erklärung abgegeben hatte, daß die Karenzzeit lediglich gestrichen sei, weil man die Weitläufigkeiten vermeiden wolle, welche beim Umzug des Arbeiters nach einem andern Orte entstehen müssen, protestirte Abgeordneter Freiherr von Wendt gegen die Behauptungen des Herrn Lasker, daß die Versicherung in kleinen Gemeinden schwieriger ausführbar sein könne, als in größeren. Die Abwälzung der Beiträge vom Arbeitgeber auf den Lohn des Arbeiters und umgekehrt hänge von der Zahl der freien Arbeitskräfte ab. Auch Abgeordneter Ebert vertrat die Meinung, daß die kleinen Gemeinden sich ungern zwingen lassen würden, ihren Kranken Unterstützung zu gewähren, und daß sie die gegenwärtige Armenunterstützung vorziehen. Speziell als Vertreter Berlins kann er erklären, daß das bestehende Hilfskassenwesen sich sehr leicht allen Wünschen entsprechend reformiren läßt. Hiernach wurde die Generaldiskussion und die gestrige Sitzung geschlossen.

In München fand am 26. Mai ein Sozialistenprozeß statt. Es war nämlich am 5. Februar d. J. in einem Wirthshause zu Steinhausen bei München eine größere Zahl der Sozialdemokratie angehöriger Personen bei einer Zusammenkunft durch die Polizeibehörde überrascht und der Behörde vorgeführt worden. Gegen diese 18 Personen wurde nun die Anklage wegen Vergehens wider die öffentliche Ordnung nach §§ 128, 129 und 73 des Reichsstrafgesetzbuches verhandelt, nachdem die Anklage gegen sämtliche Angeeschuldigte wegen Vergehens nach § 9 des

Sozialistengesetzes (Verbreitung verbotener Schriften) bereits im Laufe der Voruntersuchung fallen gelassen worden war. Indem sie den Angeeschuldigten die Theilnahme an Verbindungen, deren Dasein und Verfassung vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, sowie zu deren Zwecken gehört, die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, nämlich den Vollzug des Reichsgesetzes, die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie betreffend, zur Last legt, stützte sich die Anklage gleichwohl auf die Annahme, daß in den gedachten geheimen Verbindungen die Verbreitung und beziehungsweise Vertheilung verbotener Schriften erfolgte, sowie durch Sammlungen für die Familien der ausgewiesenen Sozialisten u. die gesetzlich verbotene Agitation und Organisation der Sozialdemokratie gefördert wurde. Im Besitze der Angeeschuldigten waren einzelne sozialistische Schriften und ein Brief Bebel's aufgefunden worden. Die Verammlung der als Vertrauensmänner der Partei zu erachtenden Angeklagten zu Steinhausen soll sich mit der Unterstützung der ausgewiesenen Sozialdemokraten besetzt haben, und sollen auch Subskriptionslisten zu einem von Wera Saffulitsch und Peter Lawroff unterzeichneten Aufruf, der die Unterstützung der verfolgten Nihilisten bezweckt, vertheilt worden sein. Eine zweite Verbindung unter Theilnahme der Angeklagten soll im Lohrer-Bräuhaus und in der Birk'schen Wirthschaft dafelbst bestanden haben. Die Angeklagten stellten in Abrede, einer geheimen Verbindung angehört, planmäßige Zusammenkünfte gehabt, sowie Gelder zu agitatorischen Zwecken gesammelt, desgleichen Schriften vertheilt zu haben. Der Hauptzeuge, Polizeikommissar Gehret, bestätigte die Existenz und Thätigkeit geheimer Klubs der Sozialdemokraten in München nach Meinung der Anklage, auf Grund der der Polizeidirektion gewordenen Mittheilungen und Wahrnehmungen der Polizeibehörde. Gestern, 2. Juni, wurde das Urtheil publizirt und lautet gegen einen der Angeklagten auf 6 Monate, gegen zwei andere auf je 5 1/2 Monate und gegen die übrigen 15 Angeklagten auf je 5 Monate Gefängniß unter Anrechnung der Untersuchungshaft. In den Erkenntnisgründen heißt es, der Gerichtshof habe die Ueberzeugung gewonnen, daß sämtliche Angeklagte Mitglieder einer in München bestehenden sozialistischen Organisation seien, welche, wie die vorgefundenen von Wera Saffulitsch und Peter Lawroff unterzeichneten Sammelisten beweisen, mit den Nihilisten in Verbindung stehe.

In Oesterreich ist endlich der süddalmatinische Aufstand erloschen und deshalb diese Woche die Auflösung des Hauptquartiers in Ragusa verfügt worden. — Die Massenauswanderung der Juden aus Rußland wird nachgerade für Oesterreich un bequem, so daß es sich genöthigt sieht, gegen diese neue Landplage Schritte zu thun.

Frankreich, welches sich so stark bei der ägyptischen Frage engagirt hat, hat sich besonders lebhaft mit derselben zu beschäftigen gehabt. Nachdem Freycinet eingesehen hatte, daß die westmächtlige Sonderaktion, die er so vernemen und rücksichtslos eingeleitet hatte, nicht zum Ziele führe, hat er in aller Form den Rückzug angetreten. Er geht jetzt die türkische Einmischung in homöopathischer Dosis zu; ein türkischer Delegirter soll, flankirt von zwei westmächtligen Geschäftsträgern, nach Kairo gehen, um die Ordnung herzustellen. Sodann soll in Konstantinopel eine europäische Konferenz zur endgiltigen Schlichtung der Frage zusammengetreten. Der Mann, der seine Kriegsschiffe nach Alexandrien sandte, ohne die Mächte lange zu fragen, unterwirft jetzt die Angelegenheit dem europäischen Konzert, und es ist bereits am Donnerstag in Berlin, Wien, Rom und Petersburg die Note überreicht worden, in welcher der Vorschlag der Abhaltung einer europäischen Konferenz zur definitiven Lösung der ägyptischen Frage offiziell formulirt wird. — In der französischen Deputirtenkammer gab dieser Rückzug Freycinet's Gambetta willkommenen Anlaß, um Freycinet auf das Heftigste anzugreifen. Das Resultat der am Donnerstag stattgefundenen Interpellationsdebatte ist jedoch eine neue Niederlage Gambetta's gewesen und hat mit dem vollständigen Triumph Freycinet's geendet, denn die Kammer votirte mit 298 gegen 70 Stimmen der Regierung ein Vertrauensvotum. Die einfache Tagesordnung, für welche die Gambettisten, die Rechte und einige Radikale stimmten, wurde mit 323 gegen 176 Stimmen verworfen, nachdem Freycinet deren Annahme verweigerte. Die Sitzung wurde höchst erregt und dramatisch durch die Intervention Gambetta's. Als Freycinet nämlich mit ungemeinem

Nachdruck erklärte, daß das heutige Ministerium niemals in eine militärische Intervention Frankreichs in Egypten einwilligen werde, unterbrach ihn Gambetta mit der Frage: Was er denn auf dem bevorstehenden Kongress wollte? Gambetta suchte später dies dahin auszuführen, daß Freycinet mit jener Erklärung die Würde Frankreichs preisgegeben und damit im Voraus seine Dynastie auf dem Kongress besiegelt hätte, da er das Geheimniß seiner Schwäche vorher offen ausgeliefert habe. Freycinet, auf das Tiefste gereizt über die Angriffe Gambetta's, erwiderte höchst erregt, daß er nur entschieden die isolirte Intervention Frankreichs und das eigenmächtige Schlichten der ägyptischen Wirren durch Frankreich zurückgewiesen hätte. Er wies sodann Namens der Regierung auf das Energischste die Abenteuer-Politik zurück, zu der die Gambettisten Frankreich zu drängen trachteten, und wiederholte seinen Entschluß, fest im europäischen Konzert zu bleiben, dessen Entscheidungen Frankreich hinnehmen werde. Alle ferneren Redner stigmatisirten in gleicher Weise die Gambettistische Politik der Abenteuer.

England, welches von vornherein einer türkischen Intervention nicht abgeneigt gewesen ist, hat natürlich den neuesten Vorschlägen Frankreichs zugestimmt und die beiden Westmächte stellen sich in den Eröffnungen, welche sie in ihrer Note vom 1. Juni an die Kabinete von Berlin, Wien, Rom und Petersburg gemacht haben, auf den Standpunkt, daß diese Lösung im europäischen Einvernehmen, unter Wahrung des status quo und unter Aufrechterhaltung der bestehenden Formate, sowie der zwischen der ägyptischen Regierung und einzelnen europäischen Mächten abgeschlossenen Vereinbarungen stattfinden müsse. Die Note verweist in diesem Sinne auf das französische englische Zirkular vom 12. Februar 1882, in welchem die analogen Anschauungen der Kabinete von Paris und London im Detail entwickelt wurden. Die Verhandlungen, welche derzeit über die unmittelbar einzuleitenden Schritte zur Wahrung der Ordnung in Kairo schweben, werden parallel mit den Bourparlers über den Konferenzvorschlag weitergeführt werden.

Eine Aeußerung der Psorte über ihre diesbezüglichen Intentionen ist noch nicht erfolgt, und wird man hieraus wohl den Schluß ziehen dürfen, daß die türkische Regierung sich mit sehr ernsten und entscheidenden Erwägungen beschäftigt, deren Resultat nach mancher Richtung hin Ueber- raschungen bereiten dürfte.

Der Verlauf, welchen die ägyptische Angelegenheit genommen, ist kurz der, daß die Entlassung des Ministeriums, welche dem Khedive durch die Vertreter der Westmächte anempfohlen wurde, die Sachlage nicht klärte, sondern nur verwirrte und den panislamitischen Bestrebungen neues Wasser auf die Mühle trieb. Das Ansehen des Khediv's der Westmächte, des Khedive Tewfik, hat durch diesen verhängnißvollen Schritt den Gradenstoß erhalten; er wird in den Augen der Egypter mehr und mehr zur Verkörperung des westmächtligen Einflusses; Ulemas und Heer, türkische Parteigänger und Nationalpartei scheinen einig in dem Wunsche, den Khedive vom Throne zu stoßen. Freycinet's Rechnung hat sich demnach als falsch erwiesen; von dem Augenblick an, als es sich zeigte, daß Arabi Pascha vor den Niesentanonnen des Doppelgeschwaders nicht zitterte, hatte Frankreich das Spiel verloren. Je länger jetzt das westmächtlige Schwert den Egyptern über dem Scheitel schwebt, um so enger schließen sich die türkischen Elemente und das nationale Jung-Egypten an einander an, und daß die Westmächte es fertig gebracht haben, die Nationalpartei dem Sultan in die Arme zu treiben, diese eine Thatfache beleuchtet grell den Mißerfolg der bisherigen westmächtligen Politik.

Tageschau.

Freiberg, 2. Juni.

Kaiser Wilhelm empfing gestern Vormittag zum Vortrage den Polizeipräsidenten von Madai, dann den Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Büdler, den Hofmarschall Grafen Verponcher und den Geh. Hofrath Vork, arbeitete dann längere Zeit allein und ertheilte Nachmittags 2 Uhr dem Wirklichen Geheimrath Hofrecht Audienz. — Der Bundesrath hat seine durch das Pfingstfest und die Theilnahme der Mitglieder an den Gotthardbahn-Feierlichkeiten unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen. Die nächste Plenarsitzung soll heute Nachmittags stattfinden. — Die „Weserzeitung“ bringt die Mittheilung,